

F&A zu Deutschlands Rang im Schattenfinanzindex (30.01.2018)

Was sind Schattenfinanzzentren (alias „Steuroasen“)?

Schattenfinanzzentren sind Rechtssysteme, die sich durch Intransparenz und Verschwiegenheit gegenüber anderen Rechtssystemen auszeichnen. Insofern eignen sie sich für alle Deals, die im Verborgenen geschehen sollen. Das Deponieren bzw. Durchlaufen von Milliarden dient dem Zweck, Herkunft und Verwendung der Mittel zu verschleiern. Vor allem Inhaber privater, betrieblicher und krimineller Großvermögen nutzen diese Orte und verringern dadurch ihren Beitrag zur den Gemeinschaftsaufgaben. So entstehen dem Welt-Gemeinwesen Verluste von jährlich ca. 400 Milliarden USD. Dadurch wächst die Steuerlast für Arme über Mehrwertsteuer, für Arbeitnehmer über die Lohnsteuer sowie für kleine und mittlere Unternehmen aufgrund fehlender „Steuergestaltungsoptionen“.

Warum braucht es noch ein Ranking von Steuroasen?

Die bisherigen „Schwarze Listen“, etwa von OECD oder EU, sind durch politische Interessen und Rücksichten beeinflusst: Kriterien zu ihrer Definition sind selten bekannt und werden selten konsequent angewendet, einige Länder werden von vornherein von der Bewertung ausgenommen. Wie wenig solche „politische Listen“ wert sind, belegt die im Dezember 2017 verabschiedete Liste der EU: Sie enthielt lediglich 17 Staaten (statt 35, wenn sie ihre Kriterien konsequent angewendet hätte), und vor einer Woche wurden 8 Staaten wieder heruntergenommen, weil sie versprochen (!), künftig zu kooperieren. Darunter ist ausgerechnet Panama, dessen „Gestaltungsoptionen“ spätestens seit den Panama Papers weltweit bekannt wurden.

Was zeichnet den „Schattenfinanzindex“ aus?

Der Schattenfinanzindex 2018 untersucht 112 Länder und Territorien und bewertet sie einheitlich und konsequent anhand von 20 Indikatoren in den Kategorien Registrierung von Eigentum, Transparenz von Unternehmensinformationen, Steuersystem und -verwaltung sowie Internationale Zusammenarbeit. Dabei kombiniert er vorhandene Geheimhaltungspraktiken mit dem jeweiligen Anteil am globalen Markt mit grenzüberschreitenden Finanzdienstleistungen. Das gibt besseren Einblick in den Anteil an illegitimen und illegalen Finanzströmen.

Warum ist Deutschland ein Schattenfinanzzentrum?

Laut dem Schattenfinanzindex 2018 liegt Deutschland auf Platz 7, vor deutlich bekannteren Steueroasen wie den British Virgin Islands, Bermuda, Bahamas oder Panama. Dies liegt u.a. daran, dass sich Deutschland und die Bundesländer am globalen Steuerwettbewerb beteiligen: eines der wichtigsten Ergebnisse auch [des Forschungsprojekts „Steuergerechtigkeit und Armut“](#), das die Jesuitenmission mit Schwerpunkt auf Bayern durchgeführt und im Oktober 2016 veröffentlicht hat. Deutschland bietet Inhabern privater, betrieblicher und krimineller Großvermögen Diskretion sowie lukrative Rahmenbedingungen für Investitionen, etwa in Immobilien oder Firmen. Das wird ermöglicht aufgrund von Schlupflöchern in Gesetzen oder Schwachstellen im Vollzug, niedrigen Strafen bei Verstößen gegen Prüf- und Meldepflichten bei Dienstleistern sowie mangelhaften Kontrollkapazitäten bei Behörden. Gerade Letzteres ist fatal, will man gesetzlichen Regelungen Geltung verschaffen.

Beispiel: In Deutschland werden jährlich bis zu 100 Milliarden Euro gewaschen. Im hierfür wichtigen Immobiliensektor, wo Eigentümerschaft leicht über „Share Deals“ verschleiert werden kann, ist die bundesweite Personaldichte derart dünn, dass es 93 Jahre dauern würde, bis jeder Immobilienmakler auch nur einmal kontrolliert wird (Stand 2014). In Bayern bekam von 2011 bis 2013 kein einziger Makler Kontrollbesuch, 2016 wurden immerhin fünf Juweliere, neun Immobilien- und 254 Kfz-Händler im Freistaat kontrolliert.

All dies führt zu einem deutschen Marktanteil von 5% an allen globalen Offshore-Finanzdienstleistungen.

Warum ist dies für die Jesuitenmission und ihre Partner relevant?

Nach Deutschland fließt sicherlich auch viel Geld aus Entwicklungsländern. Konkret: Durch das Steueroasensystem verlässt Afrika jedes Jahr mehr Geld, als durch Entwicklungshilfe und ausländische Direktinvestitionen hereinfließt. Afrika bräuchte keine Entwicklungshilfe, wenn dortige Regierungen alles dort Produzierte und Verdiente angemessen besteuern könnte: 2014 flossen beispielsweise aus Sambia, einem unserer Kooperationspartner im Forschungsprojekt „Steuergerechtigkeit & Armut“, 2,9 Milliarden US-Dollar über dunkle Kanäle außer Land, während der gesamte Staatshaushalt 2,7 Milliarden US-Dollar betrug. Während Verluste durch aggressive Steuervermeidung für Deutschland unter 1% des BIP liegen, betragen diese für einen Staat wie Sambia ca. 5%, mit enormen Folgen für öffentliche Investitionen und Dienstleistungen. Durch das Offshore-System wird schließlich auch Korruption und Vetternwirtschaft begünstigt, weil man Autokraten und Kleptokraten Möglichkeiten bietet, ihr Geld vor ihrem eigenen Volk zu verbergen. Aber: Regierungen armer Länder erfahren selten von Konten ihrer Bürger, da Deutschland beim Automatischen Datenaustausch auf Gegenseitigkeit pocht – dazu wiederum haben arme Länder keine Kapazitäten.

Was könnte Deutschland tun?

- Ohne Gegenseitigkeitsbedingung Daten an Entwicklungsländer liefern und dortigen Verwaltungen beim Kapazitätsaufbau helfen.
- Register zu Letzteigentümern von Grundbesitz, Unternehmen und Finanztiteln verbessern.
- Sanktionen verschärfen bei Verstößen gegen Mitwirkungs- und Berichtspflichten von Dienstleistern innerhalb und außerhalb des Finanzsektors.
- Bekämpfung von Steuerhinterziehung sowie Geldwäsche von In- und Ausländern besser koordinieren, vielleicht sogar zentralisieren; entsprechende Personalausstattung bei Bund, Ländern und Kommunen deutlich steigern

In vielen Bereichen wäre Deutschland aber aufgrund globalisierungsbedingter Verflechtungen und daraus erwachsener Handlungsoptionen für Vermögende überfordert. Hier sollte Deutschland vor allem seine Blockadepolitik gegenüber guten Vorschlägen der EU aufgeben, wenn es um eine verbesserte Konzernbesteuerung und mehr Transparenz bei Eigentümerverhältnisse geht.

Was könnte die EU tun?

Würde die EU ihr Haus in Ordnung bringen, könnte sie all jenen, die weiterhin mit Steueroasen Geschäfte machen, den Zugang zum Binnenmarkt erschweren – analog zu Schritten, die die USA einst im Rahmen der FATCA Initiative ergriffen haben. Denn: Wie die USA ist auch der EU-Binnenmarkt ein derart lukrativer Raum für Investitionen und Geschäfte, dass Akteure in der Güterabwägung sich solchen Auflagen lieber beugen als einen Bann zu riskieren. Solche Maßnahmen fänden Zustimmung von (Ex-)Politikern wie Helmut Schmidt, Ökonomen wie Gabriel Zucman und Joseph Stiglitz oder Anti-Korruptionsexperten wie Mark Pieth.

An geeigneten Mitteln, Steueroasen auszutrocknen fehlt es nicht. Wohl aber am politischen Willen, diese Mittel zum Wohl der Vielen umzusetzen.

Den Schattenfinanzindex und ihm zugeordnete Dokumente erhalten Sie am 30.01. 2018 bis 18 Uhr bei Lisa Großmann vom Netzwerk Steuergerechtigkeit, Tel. 030-275 82 614, oder per Mail unter lisa.grossmann@netzwerk-steuergerechtigkeit.de.

Ab 18 Uhr sind die Unterlagen eingestellt auf <https://steuergerechtigkeit.blogspot.de/>

Für Belege, Rückfragen oder weitergehende Informationen zu diesem Handout steht Jörg Alt Ihnen gerne zur Verfügung unter Tel. 0911 2348-189 oder per Mail unter alt@jesuitenmission.de